

„Die Zerstörung der palästinensischen Wirtschaft im Westjordanland“, Aviv Tatarsky, Ir Amim, 5.8.2025

Vorwort:

Hallo zusammen! Vielen Dank, dass Sie an unserem täglichen Treffen von Eyes on Gaza teilnehmen. Heute richten wir unseren Blick auf das Westjordanland. Nicht, um den Blick von Gaza abzuwenden, sondern um uns ein umfassenderes Bild von den zerstörerischen Maßnahmen Israels gegen die Palästinenser zu machen. Im Westjordanland setzt die Armee die Mittel und Methoden ein, die sie in Gaza entwickelt hat. Dazu gehören Luftangriffe, die die Unterdrückung dramatisch verschärfen sollen, tödliche, von der Armee unterstützte Siedlergewalt, die Zerstörung von Häusern und Infrastruktur, Bewegungseinschränkungen sowie Wellen von Vertreibung und Enteignung. Heute hören wir von Aviv Tatarsky über die wirtschaftliche Zerstörung im Westjordanland, eine weitere, neue Perspektive, die wir bisher noch nicht besprochen haben: über die israelischen Ambitionen, den palästinensischen Raum im Westjordanland zu formen und gleichzeitig das Leben dort unmöglich und unerträglich zu machen. Aviv ist Forscher beim Verein Ir Amim und Aktivist beim Verein „Dharma Social Engagement“. Vielen Dank für Ihre Teilnahme, Aviv, und wir freuen uns, Dich zu hören.

Vortrag:

Hallo zusammen! Vielen Dank, Lior, und allen Organisatoren. Ich habe etwa acht Minuten Zeit. Ich komme gleich zum Punkt. Ich möchte einige der israelischen Aktionen aus wirtschaftlicher Sicht beschreiben und anschließend einige Punkte dazu kommentieren. Ich vermute, die Zeit wird knapp, bevor ich über unsere Rolle in dieser Situation sprechen kann und darüber, was wir tun können und was nicht. Fragt mich also gerne. Ich habe keine guten Antworten, aber auch darüber muss gesprochen werden. Ich denke, es ist relativ bekannt, dass seit dem 8. Oktober oder davor ein erheblicher Teil der Bevölkerung des Westjordanlands seinen Lebensunterhalt in Israel oder in den Siedlungen verdient. Wir sprechen von etwa 150.000 Einwohnern, die meisten von ihnen mit Arbeitserlaubnis, und einigen Zehntausend, ich weiß nicht, sagen wir etwa 30.000 ohne Arbeitserlaubnis. Mit anderen Worten: Es handelt sich um etwas, das man als „gesetzeswidrig“ bezeichnet.

Ab dem 8. Oktober beschließt Israel: Genug. Sie dürfen die Grüne Linie nicht mehr überqueren. In einem echten Ausnahmezustand und in der großen Panik des 8. Oktober ist dies noch verständlich, doch dieses Verbot gilt bis heute. Es betrifft die Arbeit innerhalb der Grünen Linie. Zehntausende arbeiteten auch in den Siedlungen. Dort gibt es kein Verbot, und die Entscheidung liegt in den Händen der einzelnen Siedlungen. Es gibt Siedlungen, die so entscheiden, und Siedlungen, die anders entscheiden. Unter dem Strich gibt es heute etwa 25.000 bis 30.000 Palästinenser im Westjordanland, von denen die meisten noch im Westjordanland, d. h. in den Siedlungen, in israelischen Industriegebieten im Westjordanland, arbeiten. Nur sehr wenige, einige Tausend, die als „Arbeiter in erforderlichen Berufen“ definiert sind, kommen nach Israel und arbeiten dort. Die große Mehrheit von ihnen – wir sprechen von über 100.000 Menschen – sind Menschen, deren Lebensgrundlage vor fast zwei Jahren abgeschnitten wurde und denen bis heute der Zugang zu ihren Arbeitsplätzen verwehrt wird. Natürlich trifft dies in erster Linie sie selbst und ihre Familien. Wir sprechen hier von 100.000 oder sogar mehr Familien, also einer halben Million Einwohnern. Im Westjordanland leben etwa drei Millionen Palästinenser. Für eine halbe Million von ihnen ist die Lebensgrundlage abgeschnitten, es sei denn, sie finden Ersatz. Die meisten haben jedoch keinen Ersatz gefunden. Und das seit fast zwei Jahren.

Im weiteren Sinne verdienten 22 % der Arbeitnehmer im Westjordanland ihren Lebensunterhalt in israelischen Betrieben. 100.000 sind etwas weniger als 22 %, sagen wir 18–19 %. Die Auswirkungen sind natürlich weitreichend und betreffen nicht nur die direkt betroffenen Familien. Ihr monatliches Einkommen betrug etwa anderthalb Milliarden Schekel, die praktisch plötzlich aus der palästinensischen Wirtschaft verschwinden. Natürlich spürt das jeder: Händler, Handelszentren und so weiter. Ich werde gleich die Palästinensische Autonomiebehörde erwähnen, die Steuern von den

Gehältern ihrer Einwohner erhält. Es gibt anderthalb Milliarden weniger Einkommen, also auch weniger Steuern. Ich denke, wir alle können das Ausmaß der Not derjenigen nachvollziehen, die zwei Jahre lang nicht gearbeitet haben, einschließlich Familien, die absolut nicht in der Lage sind, Lebensmittel zu kaufen, und die beim Lebensmittelkauf Unterstützung benötigen. Laut dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen hat sich die Zahl der palästinensischen Familien im Westjordanland, die beim Lebensmittelkauf Unterstützung benötigen, verdoppelt. Sie liegt nun bei 700.000 Einwohnern. Das ist mehr als ein Viertel der Bevölkerung des Westjordanlands, oder etwa ein Viertel. Natürlich haben selbst diejenigen, die es schaffen zu überleben, hohe einmalige oder unerwartete Ausgaben, beispielsweise für medizinische Behandlungen. Viele Menschen im Westjordanland haben keine Krankenversicherung, und selbst diejenigen, die eine haben, erhalten nicht die Dienstleistungen, die wir normalerweise von unserer Krankenversicherung erwarten. [Ein weiteres Beispiel:] Kinder, die die Schule abschließen und ihr Studium fortsetzen möchten. Das sind sehr hohe Ausgaben, die sich viele Familien heute nicht leisten können. Es betrifft die Menschen, die Familien und die Bevölkerung.

Auf der Ebene der Palästinensischen Autonomiebehörde habe ich bereits den Verlust von Steuereinnahmen erwähnt. Ihr Budget besteht zu 60 % aus Steuerzahlungen oder verschiedenen Zöllen – gemäß dem Osloer Abkommen, dem sogenannten „Pariser Protokoll“. Israel, das für die Behörde die Steuern einziehen soll, seien es die Steuern der in Israel beschäftigten Arbeitnehmer, die Zölle auf Importe und Exporte ins Westjordanland oder die Mehrwertsteuer, wenn Einwohner des Westjordanlands israelische Produkte kaufen – natürlich inklusive Mehrwertsteuer - all diese Dinge sollen von Israel eingezogen und an das Westjordanland überwiesen werden, und so lief es fast 30 Jahre lang. 2018 beschloss die Regierung, die Palästinensische Autonomiebehörde für die Überweisung von Zuschüssen an palästinensische Gefangene und an die Familien getöteter Palästinenser zu bestrafen, unabhängig davon, ob sie getötet wurden, weil Israel sie tötete, oder weil sie Israelis angegriffen hatten. Und seit 2019, also noch vor dem Oktober 2023, zieht Israel monatlich mehrere zehn Millionen Schekel von diesen Geldern ab, die der Palästinensischen Autonomiebehörde gehören. Israel tut dies einseitig.

Und das ist seit dem Oktober 2023 stark angewachsen. Die Entscheidung liegt in den Händen des Finanzministers, und der Finanzminister ist Bezalel Smotrich. Er entschied beispielsweise, dass die Zahlungen, die die PA an ihre Mitarbeiter in Gaza überweist, tatsächlich Gelder für die Hamas sind. Seit dem 8. Oktober bestraft Israel die PA daher für diese Budgets und für die Zahlungen an Palästinenser, die an Gewalt gegen Israel oder Israelis beteiligt waren. Seit 2019 hat Israel insgesamt 6 bis 7 Milliarden Schekel abgezogen, ein Betrag, von dem fast die Hälfte, nämlich bereits über 3 Milliarden Schekel, seit dem Oktober 2023 abgezogen wurde. Schätzungen zufolge überweist Israel heute 40 % dieser Gelder nicht, die, wie erwähnt, selbst 60 % der Einnahmen der PA ausmachen. Das Defizit der PA ist also enorm. Das bedeutet, dass Beamte, Lehrer, Krankenhausmitarbeiter, Ärzte usw. seit Jahren, mindestens zwei Jahren, nicht ihr volles Gehalt erhalten (dieses Problem begann bereits vor dem Oktober 2023 und hat sich seitdem nur noch verschärft). Soweit ich in den letzten Monaten gehört habe, beträgt die Gehaltsauszahlung mittlerweile 50 %. Auch dies ist eine sehr schwierige Situation. Natürlich gibt es noch weitere Ausprägungen.

Zusammenfassend möchte ich einige Punkte hervorheben. Erstens: Schon vor dem Oktober 2023 war die palästinensische Wirtschaft schwach. Daher sind diese Schläge natürlich sehr hart. Die verschiedenen von mir erwähnten Dinge lassen sich leicht als Sicherheitsoperationen rechtfertigen oder darstellen. Ich denke, wir müssen genau darauf achten, dass sich hinter den israelischen Sicherheitsargumenten sehr offensive Operationen verbergen. Wenn wir uns daran erinnern, dass Bezalel Smotrich dahintersteckt, [lässt sich daraus schließen], dass das Ziel der Zusammenbruch oder der Sturz der Palästinensischen Autonomiebehörde ist, d. h. die wirtschaftliche Lage so zu verschärfen und die Stabilität so zu untergraben, dass die Palästinensische Autonomiebehörde gestürzt wird. Im israelischen Diskurs wird dies vielleicht als „das Niederbrennen des Territoriums“ bezeichnet. Man muss Smotrich und seinen Freunden nur kurz zuhören, um zu wissen, dass sie das Westjordanland in einem ähnlichen Ausmaß angreifen wollen, wie wir es in Gaza tun. Und dafür muss man dort für Destabilisierung sorgen, und die Wirtschaft spielt dabei eine sehr große Rolle.